

## **Entschließung der gemeinsamen Personalversammlung des bremischen öffentlichen Dienstes am 28. Juni 2005**

Jetzt reicht es!

Mit massivem Personalabbau und verordneten Einschnitten bei den Einkommen behandelt der bremische Senat uns Beschäftigte seit Jahren nur noch abschätzig als Kostenfaktor - damit muss Schluss sein!

Unsere guten öffentlichen Dienstleistungen sind unverzichtbar für ein lebenswertes Bremen - die gibt es nicht zum Nulltarif!

Wir Beschäftigten erwarten vom bremischen Senat, unserem Dienstherrn und Arbeitgeber, dass er uns Anerkennung und Wertschätzung für unsere Arbeit entgegenbringt und dies auch gegenüber der Öffentlichkeit vermittelt.

Wir Beschäftigten fordern deshalb und um die Gleichbehandlung der Beschäftigtengruppen herzustellen, die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst auch für die Angestellten und die wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten. Wir fordern die Rücknahme der Streichungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Wiedereinführung der 38,5-Stundenwoche für alle.

Der seit Jahren betriebene dramatische Personalabbau ist bundesweit einmalig und hat zu Arbeitsverdichtung und zu erheblichen Einschnitten bei den Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger geführt. Wir fordern den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen durch Neueinstellungen. Angesichts der Überalterung muss ausreichend Nachwuchs ausgebildet und übernommen werden. Altersteilzeit sollte diesem Ziel dienen. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist der falsche Weg. Wir sind gegen Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten, die tarifliche und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verdrängen.

Wir wenden uns gegen immer wieder aufkommende Drohungen mit betriebsbedingten Entlassungen. Wir erwarten, dass die geltenden Verabredungen für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze bestätigt werden.

Gute Arbeit erfordert angemessene Arbeitsbedingungen. Wir fordern eine bedarfsgerechte Personalausstattung sowie wirksame Maßnahmen zur Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz. Der massive Umbau des bremischen öffentlichen Dienstes und die Aufrechterhaltung eines hochwertigen Dienstleistungsangebotes erfordern gut geschultes Personal. Die zentrale Aus- und Fortbildung hat sich bewährt und ist auszubauen.

Die Bremische Landesverfassung gebietet die gleichberechtigte Mitbestimmung, um die Beschäftigteninteressen wirksam einbringen zu können und zu einer sachgerechten Aufgabenwahrnehmung beizutragen. Dazu gehören auch ungeschmälernte Arbeitsmöglichkeiten für die Interessenvertretungen. Mitbestimmung und die direkte Beteiligung der Beschäftigten sind in einer Zeit, in der vielfältige Umbrüche und Veränderungen in den Verwaltungen und Betrieben bewältigt werden müssen, besonders wichtig.

Die Privatisierungen haben zu einem unüberschaubaren Eigenleben, fehlender Steuerung sowie Verlust von Kontrolle und Einfluss des Parlaments geführt und kosten unnötiges Geld. Wir fordern eine kritische Überprüfung bisheriger und den Verzicht auf weitere Privatisierungen.

Wir sagen ganz deutlich: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht schuld an der Haushaltsmisere! Wir fordern den Senat auf, im Sinne von Einnahmeverbesserungen durch mehr Steuergerechtigkeit und -ehrlichkeit initiativ zu werden.

Gute öffentliche Dienstleistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger haben ihren Preis!